



WORKING CLASS HERO

BESCHLUSSBUCH

DGB-BEZIRKSJUGENDKONFERENZ
17.-18. JUNI 2017

GEWERKSCHAFTS**JUGEND** IN BEWEGUNG



Anträge

Inhaltsverzeichnis

001	Engagement von jungen Gewerkschafter_innen ermöglichen
002	Förderung von Sonderurlaub für gewerkschaftliches und gemeinnütziges Ehrenamt
003	Zusätzlicher Bildungs- und Sonderurlaub für Ehrenamtliche
004	Streichung §1 Abs. 2 Satz 2 BiUrlG Berlin
005	Aktives Wahlrecht für alle Auszubildenden, unabhängig vom Alter
006	Passives Wahlrecht für alle Auszubildenden und alle Ausgelernten bis zum 27. Lebensjahr
007	Mehr Einflussnahme auf berufliche Schulen (OSZ) zur Erhöhung der Ausbildungsqualität
008	Nachteilsausgleich für junge Menschen mit nichtdeutscher Herkunftssprache
009	Gleichstellung von Praktikanten und Dual Studierenden mit Auszubildenden voranbringen
010	Ausweitung der DGB-Campustour
011	Hochschulpolitik und Präsenz
012	Zugangserleichterung zu öffentlich geförderten Wohnungen für Studierende und Auszubildende
013	Effektive Mietpreiskontrolle – aber richtig!
014	Positionierung zur Novellierung des Brandenburgischen Ladenöffnungsgesetzes
015	Erhalt der Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin
016	Finanzierung des gemeinsamen Jugendblocks am 1. Mai in Berlin
016-Ä001	Durchführung eines gemeinsamen Jugendblocks am 1. Mai in Berlin
017	Positionierung zum Bundesfreiwilligendienst: Der DGB lehnt den Bundesfreiwilligendienst ab
018	Situation und Arbeitsbedingungen von Bundesfreiwilligen thematisieren
019	Bundesfreiwilligendienst DGB
020	Kürzungen in der HBS
021	Kooperation mit HBS
022	Gegen Antisemitismus in der HBS
022-Ä001	Gegen Antisemitismus in der HBS
023	Boykotte boykottieren
024	Gegen das iranische Atomabkommen
025	Demokratieprojekte stärken
026	Europäische Arbeitnehmer*innenrechte stärken
027	Sozialer, ökologischer, ökonomischer Energiewandel
028	Bundesweiter jugendpolitischer Energiegipfel
029	Benennung der Sauna in der DGB Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin
Initiativantrag 001	Aufforderung Maßnahmen zu Gewaltprävention in den Gewerkschaften zu thematisieren und in den Betrieben zu erhöhen
Initiativantrag 002	Solidarität mit der TV Stud III Kampagne

001: Engagement von jungen Gewerkschafter_innen ermöglichen

Laufende Nummer: 8

Antragsteller/in:	BezJa
Beschluss:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung

Engagement von jungen Gewerkschafter_innen ermöglichen

Die DGB Jugend Berlin-Brandenburg fordert die Landesjugendringe Berlin und Brandenburg und den DGB Bezirksvorstand auf, sich bei den Landesregierungen in Berlin und Brandenburg dafür einzusetzen, dass unsere ehrenamtlich engagierten Menschen künftig auf allen gesellschaftlichen Ebenen mehr Anerkennung für die geleistete Arbeit bekommen. Hier sind uns besonders die Rahmenbedingungen wichtig, in denen Engagement ausgeführt wird. Es müssen verbindliche Freistellungsregelungen für ehrenamtliches Engagement in (Berufs-) Schule und Hochschule geschaffen werden. Die Regelung des § 10 in der „konsolidierten Fassung des Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes“ (AG KJHG) muss auf die Bereiche (Berufs-) Schule und Hochschule erweitert werden. Für Studierende bedarf es zudem eines „Ferienschutzes“. Viele ehrenamtliche Teamer_innen der DGB Jugend Berlin-Brandenburg sind Studierende. Im Zeitraum der jeweiligen schulischen Sommerferien sollen daher an den Berliner Hochschulen keine verpflichtenden Lehrveranstaltungen stattfinden bzw. es darf während der schulischen Sommerferien keine Pflicht zur Erbringung von Leistungsnachweisen oder zur Teilnahme an Klausuren bestehen. Darüber hinaus muss ehrenamtliches Engagement an den Hochschulen anerkannt werden. Dies umfasst die Anrechnung von ehrenamtlichen Engagement bei der Bewerbung um einen Studienplatz, als Praktikum und Creditpoints in der Hochschule, sowie die Verlängerung der Regelstudienzeit durch Wahlämter um bis zu zwei Semester. Außerdem fordern wir eine stärkere Anerkennung für ehrenamtlich Aktive in Form von geldwerten Vergünstigungen, wie z.B. den Anspruch auf eine ermäßigte Monatskarte im Berliner ÖPNV für Juleica-Inhaber_innen. Für unsere Freiwilligendienstleistenden fordern wir, dass sie Anspruch auf ein Berlin-Ticket S haben und in Brandenburg ein Ticket für Freiwilligendienstleistende geschaffen wird, unabhängig von der Dauer ihres Freiwilligendienstes.

002: Förderung von Sonderurlaub für gewerkschaftliches und gemeinnütziges Ehrenamt.

Laufende Nummer: 10

Antragsteller/in:	IG Metall
Beschluss:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung

Förderung von Sonderurlaub für gewerkschaftliches und gemeinnütziges Ehrenamt.

Die IG-Metall Jugend BBS fordert die DGB Jugend Berlin Brandenburg und seine Mitgliedsgewerkschaften dazu auf, sich verstärkt dafür einzusetzen, dass ehrenamtlich engagierte Jugendliche bessere Möglichkeiten bekommen, sich im Betrieb für ihr Ehrenamt freustellen zu lassen.

Zu diesem Zwecke fordern wir, dass sich die DGB Jugend Berlin Brandenburg für eine Verbesserung der „Vereinbarung über die Gewährung von Sonderurlaub bei ehrenamtlicher Jugendpflegearbeit vom 17.März 1993“ einsetzt und dabei vor allen Dingen auf die Verbesserung folgender Punkte hinwirkt:

- Ausweitung des Personenkreises auf alle Personen in der Jugendpflegearbeit, unabhängig des Alters. (Pkt. II erster Satz)
- Ausweitung des Umfangs und der Anerkennung der Tätigkeiten auf jegliche in Zusammenhang mit Jugendpflegearbeit stehenden Tätigkeiten. (Pkt. II a) bis c))
 - Denkbar wäre eine Formulierung analog § 22 Ausführungsgesetz zum 8. SGB – Kinder- und Jugendhilfe. Mindestens sollte aber auch die Mitarbeit in der außerschulischen Jugendbildung erfasst sein.
- Grundsätzliche Anerkennung der DGB-Jugend einschließlich der Jugendorganisationen der DGB-Mitgliedsgewerkschaften als förderungswürdige Organisationen im Sinne der Vereinbarung unter Pkt. II letzter Satz, um somit verstärkt ehrenamtliche Tätigkeiten beim DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften zu fördern und zu schützen.
- Erweiterung des Umfangs auf bis zu 15 Arbeitstage im Jahr und dies unabhängig davon auf wie viele Veranstaltungen dies verteilt wird. (III. 1.)
- Grundsätzliche Entgeltfortzahlung (III. 3.)
- Schaffung eines klaren Rechtsanspruchs für die betroffenen Personen auf den Sonderurlaub.

Darüber hinaus fordern wir die DGB-Jugend BB auf, die gesetzlichen und tariflichen Freistellungsmöglichkeiten in der DGB-Jugend und ihren Mitgliedsgewerkschaften bekannt und zum Inhalt in Referentenseminaren zu machen.

003: Zusätzlicher Bildungs- und Sonderurlaub für Ehrenamtliche

Laufende Nummer: 11

Antragsteller/in:	ver.di
Beschluss:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme

Zusätzlicher Bildungs- und Sonderurlaub für Ehrenamtliche

Die Bezirksjugendkonferenz beschließt, dass sich die DGB Jugend Berlin-Brandenburg beim Gesetzgeber für 5 Tage zusätzlichen Bildungs- und Sonderurlaub für ehrenamtliche Gewerkschaftsmitglieder in Berlin und Brandenburg einsetzt.

004: Streichung §1 Abs. 2 Satz 2 BiUrlG Berlin

Laufende Nummer: 13

Antragsteller/in:	ver.di
Beschluss:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme

Streichung §1 Abs. 2 Satz 2 BiUrlG Berlin

Die Bezirksjugendkonferenz beschließt, dass sich der DGB Berlin-Brandenburg beim Gesetzgeber für die Streichung des §1 Abs. 2 Satz 2 des Berliner Bildungsurlaubsgesetzes einsetzt.

005: Aktives Wahlrecht für alle Auszubildenden, unabhängig vom Alter.

Laufende Nummer: 15

Antragsteller/in:	ver.di
Beschluss:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme

Aktives Wahlrecht für alle Auszubildenden, unabhängig vom Alter.

Die DGB Bezirksjugendkonferenz beschließt, sich dafür einzusetzen, dass das aktive Wahlrecht und die Zuständigkeit der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) in den Personalvertretungsgesetzen und im Betriebsverfassungsgesetz so ausgeweitet werden, dass alle Auszubildenden, unabhängig vom Alter, die JAV wählen dürfen und die JAV dadurch für alle Auszubildenden zuständig ist.

006: Passives Wahlrecht für alle Auszubildenden und alle Ausgelernten bis zum 27. Lebensjahr

Laufende Nummer: 16

Antragsteller/in:	ver.di
Beschluss:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme

Passives Wahlrecht für alle Auszubildenden und alle Ausgelernten bis zum 27. Lebensjahr

Die DGB Bezirksjugendkonferenz beschließt, sich dafür einzusetzen, dass das passive Wahlrecht in den Personalvertretungsgesetzen und im Betriebsverfassungsgesetz so ausgeweitet wird, dass alle Auszubildenden, unabhängig vom Alter, sowie alle Beschäftigten bis zum vollendeten 27. Lebensjahr in die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) gewählt werden dürfen.

007: Mehr Einflussnahme auf berufliche Schulen (OSZ) zur Erhöhung der Ausbildungsqualität

Laufende Nummer: 23

Antragsteller/in:	ver.di
Beschluss:	angenommen als Material an
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material an BezJa

Mehr Einflussnahme auf berufliche Schulen (OSZ) zur Erhöhung der Ausbildungsqualität

Die DGB-Jugend setzt sich gemeinsam mit den zuständigen Stellen dafür ein, dass die duale berufliche Ausbildung gesichert, gestärkt und zukunftsfähig gestaltet wird. Ziel muss es sein, dass gegenüber den politischen Entscheidungsträgern darauf hingewirkt wird, dass die beruflichen Schulen besser ausgestattet und gestärkt werden. Hier muss der Fokus vor allem auf den nachfolgenden Punkten liegen:

- Verbesserung und Stärkung der personellen Ausstattung
- Ausbau und Stärkung der Schüler_innen-Vertretungen
- Bessere Zusammenarbeit mit und Einflussnahme durch Ausbildungsbetriebe und deren betriebliche Interessenvertretungen
- Verbesserung der bauliche Zustände, der sanitären Einrichtungen und Räumlichkeiten
- Bessere technische Ausstattung
- Erhaltung und Ausbau der Qualität der Menschen

008: Nachteilsausgleich für junge Menschen mit nichtdeutscher Herkunftssprache

Laufende Nummer: 24

Antragsteller/in:	BezJa
Beschluss:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung

Nachteilsausgleich für junge Menschen mit nichtdeutscher Herkunftssprache

Die DGB Jugend Berlin-Brandenburg fordert die Landesjugendringe in Berlin und Brandenburg, sowie den DGB Bezirksvorstand dazu auf, sich bei den Landesregierungen in Berlin und Brandenburg für mehr Chancengleichheit auf dem Bildungsweg junger Menschen mit nichtdeutscher Herkunftssprache einzusetzen. Dies gilt für Menschen mit nichtdeutscher Herkunftssprache, die erst kurz in Deutschland sind und/oder erst im höheren Alter nach Deutschland kamen. Für sie ist es ungleich schwieriger, Texte auf Deutsch korrekt zu lesen, zu verstehen und zu schreiben, als dies für muttersprachliche Schüler_innen, Auszubildende und Studierende der Fall ist. Dadurch entstehen für sie unter anderem in schriftlichen Prüfungen Nachteile, die auf allen Bildungswegen Schule, Ausbildung, Studium, ausgenommen Austauschprojekte ausgeglichen werden sollten. Für die Sekundarstufe I und II fordern wir konkret, dass die jungen Menschen ein Wörterbuch „Muttersprache/Deutsch“, „Deutsch/Muttersprache“ im Schulunterricht und bei Prüfungen benutzen dürfen. Außerdem verlängert sich in Prüfungen die Bearbeitungszeit für sie um 20%, um zu verstehen, zu schreiben und Korrektur zu lesen. Wie lange der Nachteilsausgleich gewährt wird, richtet sich nach dem Zeitpunkt, zu dem er/sie in das deutsche Bildungssystem eingestiegen ist. Es gilt: Je später jemand in das deutsche Bildungssystem eingestiegen ist, desto länger kann er/sie den Nachteilsausgleich beanspruchen. Der Nachteilsausgleich wird nicht gewährt, wenn Kinder vor der ersten Klasse ins Bildungssystem eingestiegen sind. Kommt er/sie im Studium oder zum Beginn einer Ausbildung nach Deutschland gilt ebenfalls der Nachteilsausgleich bis zum Ende des Studiums. Der Nachteilsausgleich soll ein Recht auf Deutsch-Nachhilfe, die von der Schule/Ausbildung/der Hochschule gestaltet wird, beinhalten. Die Bildungseinrichtungen unterstützen die Selbstorganisation der Schüler_innen, Auszubildenden und Studierenden bei gegenseitiger Nachhilfe in Fächern, in denen die deutsche Sprache wichtig ist. Die Landesjugendringe und der DGB Bezirksvorstand werden aufgefordert, sich in Gesprächen mit dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport und den jugend- und bildungspolitischen Sprecher_innen der Landtagsfraktionen sowie in weiteren geeigneten Formen für einen Nachteilsausgleich in Brandenburg für junge Menschen mit nichtdeutscher Herkunftssprache einzusetzen.

009: Gleichstellung von Praktikanten und Dual Studierenden mit Auszubildenden voranbringen

Laufende Nummer: 25

Antragsteller/in:	IG BCE
Beschluss:	angenommen in geänderter Fassung als Material
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung als Material

Gleichstellung von Praktikanten und Dual Studierenden mit Auszubildenden voranbringen

Die DGB Bezirksjugendkonferenz fordert, die Verankerung der Gleichstellung von Praktikant*innen und dual Studierende mit den Auszubildenden im BBiG voranzubringen.

010: Ausweitung der DGB-Campustour

Laufende Nummer: 26

Antragsteller/in:	GEW
Beschluss:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme

Ausweitung der DGB-Campustour

Der DGB möchte beschließen, dass die DGB-Campustour auch auf die Hochschulen für Sozialwesen (EHB, KHSB, FH Potsdam) erweitert wird.

011: Hochschulpolitik und Präsenz

Laufende Nummer: 27

Antragsteller/in:	ver.di
Beschluss:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme

Hochschulpolitik und Präsenz

Die DGB Bezirksjugendkonferenz fordert eine verstärkte Präsenz des DGB an den Hochschulen. Insbesondere in der Orientierungswoche sollte der DGB bei den Einführungsveranstaltungen vertreten sein.

012: Zugangserleichterung zu öffentlich geförderten Wohnungen für Studierende und Auszubildende

Laufende Nummer: 28

Antragsteller/in:	ver.di
Beschluss:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme

Zugangserleichterung zu öffentlich geförderten Wohnungen für Studierende und Auszubildende

Die Bezirksjugendkonferenz beschließt, dass der DGB Berlin-Brandenburg sich bei der Landesregierung Berlin dafür einsetzt, den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum für Studierende und Auszubildende in Berlin zu erleichtern. Studierenden, denen eine Förderung nach dem Berufsausbildungsförderungsgesetz und Auszubildende, denen eine Förderung nach § 56 SGB(Berufsausbildungsbeihilfe) zusteht, sollen zukünftig ohne zusätzlichen Antrag, der nach § 5 des WoBindG bzw. nach § 27 WoFG erforderlich ist, einen Wohnberechtigungsschein erhalten, der ihnen ermöglicht, eine Wohnung zu beziehen, die durch öffentliche Mittel gefördert wird.

013: Effektive Mietpreiskontrolle – aber richtig!

Laufende Nummer: 29

Antragsteller/in:	NGG
Beschluss:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme

Effektive Mietpreiskontrolle – aber richtig!

Die DGB-Jugend Berlin-Brandenburg setzt sich bei allen entscheidenden politischen Akteuren für einen bezahlbaren Wohnraum – für alle gesellschaftlichen Schichten hindurch - in Berlin ein. Dabei soll eine effektive Mietpreiskontrolle dafür Sorge tragen, die Verdrängung, insbesondere für finanziell schwache Menschen und Familien, zu verhindern. Speziell eine Korrektur des bestehenden Gesetzes zur Mietpreisbremse sowie die Schaffung einer effektiven und sinnvollen Kontrollmaßnahme zur Stärkung des Mieterschutzes sollen hierbei im Fokus stehen.

014: Positionierung zur Novellierung des Brandenburgischen Ladenöffnungsgesetzes

Laufende Nummer: 30

Antragsteller/in:	ver.di
Beschluss:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme

Positionierung zur Novellierung des Brandenburgischen Ladenöffnungsgesetzes

Die DGB-Jugend Berlin-Brandenburg lehnt die Änderungen des Brandenburgischen Ladenöffnungsgesetzes (Bbg LöG) ab. Die Landesregierung soll die Gesetzesänderung zurücknehmen und künftig Beschäftigteninteressen mehr Beachtung schenken. Wir rufen abhängig Beschäftigte, Schüler_innen, Erwerbslose, Senior_innen, Studierende und Auszubildende – insbesondere Gewerkschaftsmitglieder – dazu auf, verkaufsoffene Sonntage nicht zum Einkaufen zu nutzen!

015: Erhalt der Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin

Laufende Nummer: 31

Antragsteller/in:	IG Metall
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung

Erhalt der Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin

Die IG-Metall Jugend BBS fordert die DGB Jugend und seine Mitgliedsgewerkschaften dazu auf, aktiv für den Erhalt der Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin zu kämpfen. Die IG-Metall Jugend hat sich in den vergangenen Jahren auch aktiv für den Erhalt der Bildungsstätte eingesetzt und ist bereit dies auch weiterhin zu tun. Wir fordern die DGB Jugend auf sich weiter für den Erhalt der Bildungsstätte einzusetzen und wenn nötig hierfür auch die Hilfe seiner Mitgliedsgewerkschaften zu beanspruchen. Nur wenn alle an einem Strang ziehen wird uns dies gelingen.

016: Finanzierung des gemeinsamen Jugendblocks am 1. Mai in Berlin

Laufende Nummer: 3

Antragsteller/in:	ver.di
Beschluss:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Ablehnung

Finanzierung des gemeinsamen Jugendblocks am 1. Mai in Berlin

Die DGB Bezirksjugendkonferenz beschließt, dass eine Finanzierung des gemeinsamen DGB Jugendblock am 1. Mai in Berlin, bestehend aus den aktiven Jugendlichen aller Mitgliedsgewerkschaften, unter Einbeziehung einer Eigenbeteiligung aller DGB-Gewerkschaftsjugendlichen zukünftig sichergestellt wird.

016-Ä001: Durchführung eines gemeinsamen Jugendblocks am 1. Mai in Berlin

Änderungsantrag zu Antrag: 016
Laufende Nummer: 35

Antragsteller/in:	ver.di
Beschluss:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme

Durchführung eines gemeinsamen Jugendblocks am 1. Mai in Berlin

Die DGB Bezirksjugendkonferenz beschließt, dass die Organisation eines gemeinsamen DGB Jugendblock am 1. Mai in Berlin, bestehend aus den aktiven Jugendlichen aller Mitgliedsgewerkschaften, zukünftig sicher gestellt wird.

Für die Organisation und Durchführung sollen alle Gewerkschaftsjugendlichen sowie die DGB Jugend in Berlin gleichermaßen verantwortlich sein.

017: Positionierung zum Bundesfreiwilligendienst: Der DGB lehnt den Bundesfreiwilligendienst ab

Laufende Nummer: 4

Antragsteller/in:	ver.di
Beschluss:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Ablehnung

Positionierung zum Bundesfreiwilligendienst: Der DGB lehnt den Bundesfreiwilligendienst ab

Die DGB Bezirksjugendkonferenz lehnt den Bundesfreiwilligendienst ab.

018: Situation und Arbeitsbedingungen von Bundesfreiwilligen thematisieren

Laufende Nummer: 5

Antragsteller/in:	ver.di
Beschluss:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme

Situation und Arbeitsbedingungen von Bundesfreiwilligen thematisieren

Die Bezirksjugendkonferenz beschließt, dass der DGB Berlin-Brandenburg die Situation und Arbeitsbedingungen von Bundesfreiwilligendienstleistenden in Berlin und Brandenburg untersucht und in einem Report, ähnlich dem alternativen Bafög-Bericht oder dem Ausbildungsreport, veröffentlicht. Zu diesem Zweck muss der DGB mit BFD-Leistenden in Kontakt treten, dies kann durch das Auftreten auf oder das Anbieten von BFD-Seminaren erfolgen. Im Anschluss des Berichtes wird geprüft wie und ob die Situation der BFD-Leistenden verbessert werden kann.

019: Bundesfreiwilligendienst DGB

Laufende Nummer: 22

Antragsteller/in:	ver.di
Beschluss:	angenommen als Material zu Antrag 018
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material zu Antrag 018

Bundesfreiwilligendienst DGB

Die DGB Bezirksjugendkonferenz beschließt, dass die DGB Jugend analog zur Berufsschultour auch für den Bundesfreiwilligendienst ein Bildungsangebot bereitstellt um die Wichtigkeit von Gewerkschaften zu vermitteln. Dieses Bildungsangebot soll im Rahmen der obligatorischen Seminare für BFD-Leistende untergebracht werden.

020: Kürzungen in der HBS

Laufende Nummer: 6

Antragsteller/in:	ver.di
Beschluss:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme

Kürzungen in der HBS

Die DGB Bezirksjugendkonferenz beschließt darauf hinzuwirken, dass die Hans-Böckler-Stiftung ihre in den letzten Jahren gefahrene Sparpolitik gegenüber den Gewerkschaften und den Stipendiaten offenlegt. Falls sie ihrer Begründung nicht standhält ist darauf hinzuwirken, die Einsparungen rückgängig zu machen.

021: Kooperation mit HBS

Laufende Nummer: 7

Antragsteller/in:	ver.di
Beschluss:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme

Kooperation mit HBS

Kooperation mit HBS

Die DGB Bezirksjugendkonferenz beschließt, dass die Kooperation des DGB mit der HBS auf allen Ebenen ausgebaut wird, um das Selbstverständnis der HBS als gewerkschaftsnahe Stiftung hin zu einer gewerkschaftlichen Stiftung zu bewegen.

022: Gegen Antisemitismus in der HBS

Laufende Nummer: 9

Antragsteller/in:	ver.di
Beschluss:	nicht befasst
Empfehlung der ABK:	Nichtbefassung

Gegen Antisemitismus in der HBS

Die DGB Jugend Berlin-Brandenburg verurteilt jede Form des Antisemitismus. Deshalb fordert sie die Hans-Böckler-Stiftung dazu auf dies ebenso zu tun. Damit geht die Beendigung der Unterstützung von Stipendiat_innen einher, die sich an antisemitischen Projekten beteiligen oder sich antisemitisch äußern, sowie die öffentliche Distanzierung von diesen.

022-Ä001: Gegen Antisemitismus in der HBS

Änderungsantrag zu Antrag: 022
Laufende Nummer: 37

Antragsteller/in:	ver.di
Beschluss:	abgelehnt
Empfehlung der ABK:	Annahme

Gegen Antisemitismus in der HBS

Die DGB Jugend Berlin-Brandenburg verurteilt jede Form des Antisemitismus. Aus der historischen Verantwortung, die der DGB bereits bei seiner Gründung 1949 übernahm, erwächst jedoch nicht nur ein solches Bekenntnis, sondern ebenso das aktive Eintreten innerhalb der Gewerkschaften und gegenüber Kooperationspartnern wie der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung. Daher fordert die DGB Jugend Berlin-Brandenburg die Hans-Böckler-Stiftung dazu auf, dieses Bekenntnis gegen jede Form des Antisemitismus, neben dem bisherigen Engagement offen zu teilen. Damit geht einher, dass Studierende, die sich an antisemitischen Projekten beteiligen oder sich antisemitisch äußern, nicht durch die HBS finanziell oder ideell gefördert werden. Um dies zu gewährleisten, sollen sich DGB Vertreter_innen u. a. in HBS-Gremien für eine Aufnahme des Engagements gegen Antisemitismus in die Auswahlkriterien des Gutachtenleitfadens der HBS für Stipendiat_innen einsetzen und insgesamt größere Sorgfalt und Aufmerksamkeit dem Thema widmen.

023: Boykotte boykottieren

Laufende Nummer: 12

Antragsteller/in:	ver.di
Beschluss:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme

Boykotte boykottieren

Die DGB-Jugend Berlin-Brandenburg distanziert sich von den anti-israelischen Kampagnen „Boycott, Divestment and Sanctions“ (BDS) und „For One State and Return in Palestine“ (F.O.R. Palestine) und den ihr angehörenden Akteuren.

024: Gegen das iranische Atomabkommen

Laufende Nummer: 14

Antragsteller/in:	ver.di
Beschluss:	angenommen als Material an BezJa
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material an BezJa

Gegen das iranische Atomabkommen

Die DGB Jugend Berlin-Brandenburg kritisiert, das im Januar 2016 in Kraft getretene Atomabkommen mit der Islamischen Republik Iran. Sie fordert den DGB dazu auf, das Atomabkommen zu verurteilen und politisch darauf hinzuwirken, dass dieses Abkommen seitens der Bundesregierung rückgängig gemacht wird.

025: Demokratieprojekte stärken

Laufende Nummer: 17

Antragsteller/in:	IG BCE
Beschluss:	Erledigt durch Praxis
Empfehlung der ABK:	Erledigt durch Praxis

Demokratieprojekte stärken

Die DGB Bezirksjugendkonferenz möge beschließen:

Dass der DGB Bezirksjugendausschuss Berlin-Mark Brandenburg den Fokus auf die Förderung des Demokratie-verständnis seiner Mitgliedsgewerkschaften und der Gesellschaft und dies stärker nach außen repräsentiert. Dazu sollen die Bildungssekretäre des DGB Berlin-Brandenburg Seminare und öffentlichkeitswirksame Aktionen initiieren und durchführen. Bereits vorhandene Projekte, wie zum Beispiel die Berufsschultouren sollen verstärkt beworben, unterstützt und somit gestärkt werden. Um Aktionen und Seminare durchzuführen und Projekte zum Thema Demokratie in Anspruch nehmen zu können, müssen vom Staat, aber auch vom DGB Mittel zur Verfügung gestellt werden.

026: Europäische Arbeitnehmer*innenrechte stärken

Laufende Nummer: 18

Antragsteller/in:	IG BCE
Beschluss:	Erledigt durch Praxis
Empfehlung der ABK:	Erledigt durch Praxis

Europäische Arbeitnehmer*innenrechte stärken

Die DGB Bezirksjugendkonferenz möge beschließen:

dass die 21. DGB Bundesjugendkonferenz aufgefordert wird einen Beschluss zu fassen, dass den 21. Bundeskongress auffordert einen Beschluss zu fassen, das den DGB Vorstand auffordert anlässlich der schwebenden Freihandelsabkommen TTIP, Ceta und Tisa ein verbindliches Positionspapier mit konkreten Umsetzungsvorschlägen für einen sozialen und gerechten Freihandel zu erarbeiten.

027: Sozialer, ökologischer, ökonomischer Energiewandel

Laufende Nummer: 19

Antragsteller/in:	IG BCE
Beschluss:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung

Sozialer, ökologischer, ökonomischer Energiewandel

Das der DGB Bundesvorstand dazu aufgefordert wird, sich mit dem Thema des sozialen, ökologischen und ökonomischen Energiewandels zu beschäftigen und sich aktiv an den Meinungs- und Positionsfindungen innerhalb der DGB Strukturen zu beteiligen.

Des Weiteren soll der DGB unter dem Fokus des verträglichen Wandels, bei der Bundesregierung darauf hinwirken, dass diese sich kritisch mit den dazu bestehenden Beschlüssen auseinandersetzt.

Ziel soll es sein, den sozialen, ökologischen und ökonomischen, Wandel der Energiewelt verträglich zu fördern, zu gestalten und umzusetzen. Dafür soll ein umfassendes Konzept gemeinsam mit der Bundesregierung und dem DGB auf grundlegenden Leitlinien erstellt werden, welches einen verträglichen Wandel auf diesen Ebenen in den Vordergrund stellt.

028: Bundesweiter jugendpolitischer Energiegipfel

Laufende Nummer: 20

Antragsteller/in:	IG BCE
Beschluss:	angenommen als Material an 027
Empfehlung der ABK:	Annahme als Material an 027

Bundesweiter jugendpolitischer Energiegipfel

Das die DGB Jugend, mit all ihren Strukturen aufgefordert wird sich zum Thema der Energiepolitik aktiv an der Meinungs- und Positionsfindung innerhalb der DGB Strukturen zu beteiligen. Dazu möge er alle zwei Jahre einen Energiegipfel mit Unterstützung der IG BCE Jugend organisieren.

Auf diesem möge über Aktuelles aus dem Energiebereich berichtet und beraten werden. Die Bezirksjugendausschüsse und der Bundesjugendausschuss sollen somit angehalten sein, sich an der Thematik aktiv zu beteiligen und Forderungen sowie Lösungsansätze zu entwickeln.

Nach dem 2015 der erste jugendpolitische Energiegipfel der IG BCE Jugend mit reger Beteiligung durchgeführt wurde, soll ein ein derartiges Projekt mit allen Gewerkschaften auf Bundesebene initiiert werden, um mit den aktuellen schnelllebigen Veränderungen in der Energiepolitik Schritt zu halten.

Ziel soll es sein, den ökonomischen, ökologischen und sozialen Wandel der Energiewelt verträglich zu fördern, zu gestalten und umzusetzen. Dafür soll ein zielorientierter, bundesweiter jugendpolitischer Energiegipfel stattfinden.

029: Benennung der Sauna in der DGB Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin

Laufende Nummer: 21

Antragsteller/in:	ver.di
Beschluss:	nicht befasst
Empfehlung der ABK:	Nichtbefassung

Benennung der Sauna in der DGB Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin

Die Bezirksjugendkonferenz beschließt, dass die Sauna in der DGB Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin künftig den Namen „David-Fischer-Sauna“ tragen wird.

Initiativantrag001: Aufforderung Maßnahmen zu Gewaltprävention in den Gewerkschaften zu thematisieren und in den Betrieben zu erhöhen

Laufende Nummer: 34

Antragsteller/in:	EVG
Beschluss:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Initiativantrag

Aufforderung Maßnahmen zu Gewaltprävention in den Gewerkschaften zu thematisieren und in den Betrieben zu erhöhen

Die DGB Jugend Berlin Brandenburg und seine Mitgliedsgewerkschaften sollen auf seine Interessensvertretungen im Betrieb hinzuwirken innerbetriebliche Maßnahmen zu Gewaltprävention zu ergreifen, die der Erhöhung der Sicherheit von Kollegen und Kolleginnen zu dienen. Dazu zählen auch Maßnahmen, die der Prävention und Deeskalation dienen.

Initiativantrag002: Solidarität mit der TV Stud III Kampagne

Laufende Nummer: 36

Antragsteller/in:	ver.di
Beschluss:	angenommen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	Initiativantrag

Solidarität mit der TV Stud III Kampagne

Die DGB Jugend Berlin-Brandenburg unterzeichnet die Solidaritätserklärung der TV Stud III Kampagne (siehe Solidaritätserklärung).

Solidaritätserklärung

An die Präsident_innen und Repräsentant_innen der Berliner Universitäten und Hochschulen,
an die Verhandlungsführer_innen der Berliner Universitäten und Hochschulen:

Wir unterstützen die Forderungen der studentischen Tarifinitiative TV Stud nach einem neuen Tarifvertrag!

Die 8000 studentischen Beschäftigten leisten einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zum Erfolg von Forschung und Lehre an den Berliner Universitäten und Hochschulen. Die Fachbereiche und Einrichtungen dieser Institutionen sind (auch auf Grund der Unterfinanzierung und Prekarisierung im Bereich der Wissenschaft) auf die Unterstützung und qualifizierte Arbeit der studentischen Beschäftigten angewiesen. Die Universitäten und Hochschulen haben jahrelang auf dem Rücken ihrer Mitarbeiter_innen gespart.

Studierende müssen in der Lage sein, ihre Tätigkeit an der Universität und Hochschule mit ihrem Studium und Leben zu vereinbaren. Dazu braucht es faire Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung. Die Löhne der studentischen Beschäftigten wurden jedoch – trotz massiv steigender Lebenshaltungskosten in Berlin – seit 16 Jahren nicht mehr angehoben.

Die Politik unterstützt das Anliegen von TV Stud: Die neue rot-rot-grüne Landesregierung hat den Wert der studentischen Beschäftigten erkannt und sich in ihrer Koalitionsvereinbarung für eine „Entwicklung der Entgelte“ ausgesprochen, die „mindestens der Entwicklung der realen Lebenshaltungskosten entsprechen“ soll. Die Universitäten und Hochschulen können also davon ausgehen, dass ein neuer Tarifabschluss finanziell mitgetragen wird.

Gute Lehre, Forschung und Wissenschaft hängen ganz wesentlich davon ab, auf qualifizierte und engagierte studentische Beschäftigte zurückgreifen zu können. Dies erfordert jedoch gute Beschäftigungsbedingungen und Bezahlung. Hierbei stehen die Berliner Hochschulen in Konkurrenz zu außeruniversitären Forschungsinstituten, privatwirtschaftlichen Institutionen und Arbeitgeber_innen, die teilweise deutlich höhere Löhne zahlen. In einigen Fachbereichen haben die Hochschulen deswegen schon heute Schwierigkeiten, studentische Beschäftigte zu finden. Auch dies spricht dafür, dass Bezahlung und

Arbeitsbedingung verbessert werden müssen.

Die Forderung der studentischen Beschäftigten nach einer Verbesserung ihrer Entlohnung und ihrer Arbeitsbedingungen unterstützen wir vor diesem Hintergrund aktiv und rufen Sie dazu auf, die Verhandlungen mit der gemeinsamen Tarifkommission von ver.di und GEW aufzunehmen und rasch einen neuen Tarifvertrag mit deutlich verbesserten Bedingungen abzuschließen.